

Marie-Carin von Gumpenberg  
Udo Steinbach (Hrsg.)

# Der Kaukasus

Geschichte – Kultur – Politik



3., neubearbeitete Auflage

C·H·Beck

**Politische Parteien im Spiegel der Wahlen** Die nicht mit europäischen Parteienspektren vergleichbare Landschaft postsozialistischer Parteien wird in Armenien durch Personen- statt Programmwahlen bestimmt und orientiert sich dementsprechend an den Führern politischer Parteien. Parteien entstehen durch Abspaltungen nach Zerwürfnissen oder als Elitegruppe um ein Finanzzentrum, mit dem bedenklichen Ergebnis, dass Oligarchen als «Volksvertreter» gewählt werden, denen die parlamentarische Immunität größeren Spielraum für ihre korrupten Geschäftspraktiken verleiht.

Von den über hundert registrierten Parteien sind höchstens sechs als Parlamentsparteien tatsächlich an politischen Entscheidungen beteiligt, und zwar in schnell wechselnden Wahlbündnissen und Fraktionen. Keiner der größeren Oppositionsparteien ist es bisher gelungen, eine breite Basis zu gewinnen oder ein überzeugendes Programm zu entwickeln.

Die Abstimmung über die 105 Sitze der Nationalversammlung (*Asgajin Shorow*) erfolgt seit 2017 jeweils zur Hälfte über Partei- und Landeslisten in einer Mischform aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht. Nach den jüngsten Parlamentswahlen vom Mai 2017 schafften es je zwei Parteien und zwei Wahlblöcke in die Nationalversammlung: Die 1990 gegründete und seit 1999 regierende nationalkonservative *Hajastani Hanrapetakan Kussakzutjun* (Republikanische Partei Armeniens; HHK) errang 2017 mit 49,17 % der abgegebenen Stimmen 58 Sitze. Als einflussreichste und größte Parlamentspartei unter dem Vorsitz von Präsident Sargsjan (geb. 1954) besaß die HHK im Februar 2017 nach eigenen Angaben 159.301 Mitglieder, 6000 Beitrittsanträge wurden geprüft. Ideologisch verfolgt sie die Idee des *Zerakron* aus dem frühen 20. Jh., einer Art verweltlichter «Zivilreligion» (so Hans-Ulrich Wehler), die die Nation zur Religion erhebt. Als Mitglied der christdemokratischen *European People's Party Group* unterstützt die Republikanische Partei Armeniens Anpassung an europäische Gesetzgebungsstandards, geriet mit dieser proeuropäischen Orientierung aber zuletzt in Konflikt mit vermeintlichen «armenischen Traditionen», als sie die Verabschiedung eines Gesetzes gegen häusliche Gewalt durchsetzte.

Seit 1999 ist die *Haj Herapochakan Daschnakzutjun* (Armenische Revolutionäre Föderation) wieder im Parlament vertreten. Vor allem in der nahöstlichen Diaspora sowie in den USA ist diese Traditionspartei von ursprünglich sozialrevolutionärem Zuschnitt noch immer mitgliederstark und einflussreich. Seit ihrer Gründung 1890 setzt sie sich für ein «freies, unabhängiges und vereintes Armenien» ein und besteht auf einem Staatsgebiet auf der Grundlage des unratifizierten Friedensvertrages von Sèvres (1920) bzw. Wilson-Entscheidungen, unter Einschluss Berg Karabachs (Aserbaidschan) und Samzche-Dschawachetis (Georgien). Präsident Ter-Petrosjan ließ die schon zur Sowjetzeit stark verfolgte

Partei Ende 1994 erneut verbieten, bis sein Nachfolger Robert Kotscharjan 1998 den Repressionen ein Ende setzte. Seither bildete die *Daschnakzutjun* eine zuverlässige Stütze des jeweiligen Präsidenten und koaliert, wie schon in der Vergangenheit, mit der Regierungspartei HHK, nachdem sie 2017 sieben Parlamentssitze gewann. Im Parlament Berg Karabachs hat 2017 die *Daschnakzutjun* drei von 33 Parlamentssitzen inne, im Parlament des Libanon zwei von 128 Sitzen.

Wie schon bei früheren Wahlen ging die von dem Oligarchen Gagik Zarukjan geführte konservative *Bargawadsch Hajastani Kussakzutjun* (Blühendes Armenien; BHK; gegründet 2005; 31 Sitze) als zweitstärkste Partei aus den Wahlen 2017 hervor; sie sieht sich zwar als Opposition zur regierenden HHK, doch spricht die bisherige Erfahrung dagegen, dass sie diese Rolle auszufüllen vermag. In der öffentlichen Meinung erscheint vielmehr das liberale, proeuropäische Parteienbündnis *Jelk* (dt.: Ausweg; gegr. Dezember 2016; 9 Sitze) unter Führung des parteilosen Abgeordneten und Anwalts Edmon Manukjan (geb. 1981) als wahre Opposition.

Wahljahre und vor allem Wahlkampfzeiten haben sich in Armenien bisher als Krisenzeiten erwiesen. Auch bei den Parlamentswahlen im Mai 2017 stellten unabhängige in- und ausländische Wahlbeobachter Verstöße, darunter die Ausübung von Gewalt und die Anwendung von Druckmitteln vor allem gegen die Kandidaten und Anhänger der Opposition, fest. Außerdem warfen sie der HHK einen organisierten und weitverbreiteten Missbrauch von staatlichen Mitteln vor; die zentrale Wahlkommission habe es zudem versäumt, eine sorgfältige und umfassende Untersuchung der ihr vorgetragenen Beschwerden durchzuführen. Teilweise verlief die Wahl nicht geheim bzw. erfolgte die Stimmabgabe unter Überwachung und Kontrolle. Der freie Wählerwille sollte durch Druckmittel beeinflusst werden, unter anderem durch Bestechung, Stimmenkauf, mangelhafte Genauigkeit der Arbeit in den Bezirkswahlkommissionen, Manipulation und Beschädigung technischer Gerätschaften, durch eine spürbare Passivität der Polizei vor Ort und durch den Einsatz vorgeblicher Beobachtermissionen.

**Komplementäre Außenpolitik** Um seine regionale Isolation aufzubrechen, setzte Armenien seit seiner Unabhängigkeit außenpolitisch auf eine Einbindung in internationale Strukturen. 1992 wurde es Mitglied der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE; ab 1995 OSZE), 2001 des Europarats und 2003 der Welthandelsorganisation. Diese Politik wurde unter der Präsidentschaft Robert Kotscharjans (1998–2008) um die Doktrin der «komplementären Außenbeziehungen» ergänzt. Jerewan pflegt freundschaftliche Beziehungen zu so gegensätzlichen Partnern wie Russland, den USA, der NATO und dem Iran. Gleichmaßen hohe Priorität genießt die Zusammenarbeit mit den Vereinten

Nationen, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), Weltbank, EU, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), OSZE, mit dem Schwarzmeerkooperationsrat und dem Nachbarn Georgien. Mit der NATO erfolgt die Kooperation im Rahmen der *Partnerschaft für Frieden*, ohne dass eine Mitgliedschaft angestrebt wird. Armenien gehört der GUS an, deren militärische Südflanke es bildet, und ist deshalb ein wichtiges Mitglied des Militärbündnisses *Abkommen über Kollektive Sicherheit* (CSTO). Sicherheitspolitische Erwägungen sowie die Abhängigkeit Armeniens von russischen Gaslieferungen dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass das Land Ende 2014 seinen Beitritt zur *Eurasischen Wirtschaftsunion* (EAWU) ratifizierte.

Während seiner Amtszeit (2008–2018) bemühte sich Präsident Sersch Sargsjan um normalisierte Beziehungen zur *Türkei* und *Aserbaidschan*. Beide Staaten lehnen jedoch bis heute diplomatische Beziehungen zu Armenien ab und führen seit 1989 bzw. 1993 eine anhaltende Embargopolitik sowie eine völkerrechtswidrige Blockade der Landverkehrswege durch. Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew beharrt weiterhin darauf, dass die Selbstbestimmung von Aseris und Armeniern in Berg Karabach «nur innerhalb des Rahmens der territorialen Integrität Aserbaidschans» stattfinden kann. Ankara versteht sich entsprechend der Doktrin des 2003 verstorbenen aserbaidshanischen Präsidenten Heidar Alijew («eine Nation in zwei Staaten») als Schutzmacht Aserbaidschans.

Nach heftigen Protesten Aserbaidschans gegen die armenisch-türkische Annäherung knüpfte der damalige türkische Regierungschef Recep Erdoğan Anfang April 2009 die Grenzöffnung wieder an eine vorherige Lösung der Karabach-Frage. Dennoch kam es am 10. Oktober 2009 in Zürich zur Unterzeichnung zweier Protokolle, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Grenzöffnung zwischen der Türkei und Armenien in Aussicht stellten. Unmittelbar nach der Unterzeichnung versprach Erdoğan bei einem Staatsbesuch in Baku allerdings Präsident Ilham Alijew, die Türkei werde die Protokolle nur ratifizieren, falls sich die armenischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten Aserbaidschans zurückzögen. Die Verknüpfung der türkisch-armenischen Beziehungen mit der Lösung des Karabach-Konflikts lässt die von den damaligen Präsidenten beider Staaten – Sersch Sargsjan und Abdullah Gül – glaubhaft angestrebte Normalisierung ad infinitum scheitern. 2015 wies Präsident Sersch Sargsjan den Parlamentssprecher an, die Züricher Protokolle von der Tagesordnung der Nationalversammlung abzusetzen und annullierte sie schließlich Anfang März 2018 mit Hinweis auf die jahrelange Verschleppung der Ratifizierung durch den türkischen Gesetzgeber.

Im Vergleich dazu ist Armeniens Verhältnis zum *Iran* unkompliziert. Beide Staaten bildeten bisher eine Interessengemeinschaft der international Isolierten. Die Islamische Republik ist der Armenien wohlgesinnte Energielieferant in der

Nachbarschaft, der zudem die eigene, anspruchslose armenische Minderheit (Volkszählung 2011: 117.000 Christen, geschätzt höchstens 80.000) als Vorzeigeminorität behandelt und drei sakrale Baudenkmäler im historischen armenischen Siedlungsgebiet als Weltkulturerbe unter den Schutz der UNESCO stellte bzw. restaurieren ließ.

Offiziell gelten die Beziehungen Armeniens zu seinem nördlichen Nachbarn Georgien als freundschaftlich, faktisch sind sie ambivalent. Denn zum einen ist Georgien als Transitland von außerordentlicher Bedeutung für Armeniens Außenhandel und Energieversorgung mit russischem Gas, wie auch umgekehrt Armenien zum Transitland iranischer Gaslieferungen an Georgien und darüber hinaus nach Europa werden könnte, falls der russische Energiekonzern *Gazprom* mitspielt: Ihm gehören derzeit in Armenien sämtliche Pipelines. Zum anderen belastet Georgiens Reintegrationspolitik, wie die Nationalitäten- und Minderheitenpolitik dort offiziell heißt, gelegentlich auch die bilateralen Außenbeziehungen. Nach offiziellen Angaben Georgiens ist die armenische Bevölkerung, die 1989 mit 8,6 % (437.273) die größte Volksgruppe nach der Titularnation bildete, um fast die Hälfte auf 4,5 % (168.100; Zensus 2014) zurückgegangen. Bisher ist es Georgien nicht gelungen, die nach dem Massenexodus der frühen 1990er Jahre verbliebene nichtgeorgische Bevölkerung in eine Staatsnation zu integrieren. Vielmehr setzte es abwechselnd auf Methoden des Ausschlusses, der «Neutralisierung» oder Assimilation. Zu diesem Zweck wurde die zu 95 % von Armeniern bewohnte Grenzregion Dschawacheti (2589 km<sup>2</sup>) 1994 von der georgischen Regierung mit der Region Samzche zwangsvereinigt, wodurch der Armenieranteil der neuen Gebietskörperschaft auf 55 % sank. Die Region ist fast gänzlich von agrarischer Subsistenzwirtschaft und dadurch bedingt einer hohen Arbeitsmigration vor allem nach Russland geprägt. Da das georgische Staatsbürgerschaftsgesetz (2014) keine Doppelstaatszugehörigkeit erlaubt, verloren viele Einwohner mit russischen oder armenischen Pässen ihre georgische Staatszugehörigkeit.

*Russland*, das Anfang des 19. Jh. den Iran in seiner Vormachtstellung im östlichen Kaukasus ablöste, gilt gemeinhin als die Schutzmacht armenischer Existenz. Obwohl diese Rolle keiner historischen Prüfung standhält, prägt sie doch stark die Außenpolitik des postsowjetischen Armenien. Im vollen Bewusstsein der Abhängigkeit unterzeichnete Ter-Petrosjan sowohl den Vertrag zur Gründung der CSTO (1992) als auch den bilateralen *Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung* (1997). Aufgrund der türkisch-aserbaidshaischen Blockade musste Kotscharjan die Abhängigkeit von Russland auch auf die Wirtschaft ausdehnen. Russische Staatsbetriebe besitzen sowohl die größten Wärmekraftwerke Armeniens als auch das Atomkraftwerk Medsamor, das mit einem Anteil von 40 % der größte Energieversorger des Landes ist. Russland

unterhält zwei Militärstützpunkte in Armenien und schützt die Grenze zur Türkei; die entsprechenden armenisch-russländischen Verträge wurden 2011 bis zum Jahr 2044 verlängert. Russlands Wiederannäherung an Aserbaidschan und die Türkei sowie seine Waffenlieferungen an Baku haben in Armenien 2016 eine tiefe Vertrauenskrise gegenüber der bisherigen Russlandpolitik von Präsident Sersch Sargsjan ausgelöst.

Das Interesse der USA an Armenien beschränkt sich auf die Sicherung internationaler Energietransportwege und Energiegewinnung. Unter den Präsidentschaften Barack Obamas und Donald Trumps blieb die Südkaukasus-Politik der USA weitgehend passiv bzw. überließ die Region Russland. Armenien ist der US-geführten Anti-Terror-Koalition beigetreten und hat seinen Luftraum für entsprechende Operationen der USA zur Verfügung gestellt. Dass die USA zu den bedeutenden Geberstaaten in Armenien und Berg Karabach gehören, ist vor allem der Vermittlung der armenischen Diaspora und ihrer teilweise konkurrierenden Dachorganisationen zu verdanken, der *Armenian Assembly of America* (AAA) sowie dem *Armenian National Committee of America* (ANCA). Allerdings ist unter Präsident Obama die Hilfe für Armenien kontinuierlich um mehr als die Hälfte auf 23,5 Mio. USD (2016) gekürzt worden; sie liegt jedoch immer noch doppelt so hoch wie die Hilfe für Aserbaidschan (11,2 Mio. USD). Wie seine Amtsvorgänger hat auch Präsident Trump am *Armenian Remembrance Day* (24. April 2017) eine Grußbotschaft an die armenische Gemeinschaft der USA entrichtet. Der Gedenktag markiert die Massenfestnahme wegen des Verdachts auf Landesverrat, die Deportation und Internierung der geistlichen sowie geistigen Elite als Beginn des Völkermordes des jungtürkischen Regimes an der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches. Mit Ausnahme von acht Deportierten wurden ab Ende April 1915 über 2000 aus der Hauptstadt Konstantinopel Verschleppte in den folgenden Monaten außergerichtlich ermordet. In den USA erhob das Repräsentantenhaus 1975 den Gedenktag zum *National Day of Remembrance of Man's Inhumanity to Man*, ohne dass sich der Senat anschloss. 1987 soll die US-Regierung der Türkei verbindlich zugesichert haben, sämtliche Parlamentsresolutionen zur Anerkennung des Genozids zu blockieren. Mit Ausnahme von Präsident Ronald Reagan vermieden bisher alle Präsidenten der USA in ihren Jahresbotschaften den juristisch qualifizierenden Begriff «Völkermord», der von Obama und Trump stattdessen mit dem historischen armenischen Begriff «Mets Jerern» (Großes Verbrechen, Frevel) umschrieben wurde.

Bis 2003 hatte sich die *Europäische Union* kaum im Südkaukasus engagiert. Die internationalen Bemühungen zur Konfliktbeilegung in Berg Karabach überlässt die EU weiterhin der OSZE. Verglichen mit Russland und den USA bleibt auch das finanzielle Engagement der EU in Armenien gering. Allerdings verleiht ihr diese Zurückhaltung das Image des «ehrlichen Maklers», der unbeeinträchtigt von der